

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 1. Juni 1932

Nummer 44

Ein aufschlussreicher Brief!

Vor kurzem ging uns von einem nicht gerade untergeordneten Mitglied des Deutschen Buchdrucker-Vereins ein Brief zu, dem wir folgende Mitteilungen entnehmen:

„... Heute will ich Ihnen etwas über einen Vortrag mitteilen, den meine Organisation, der Verein Leipziger Buchdrucker-Besitzer e. V. für Freitag, 29. April 1932, im Jakob-Weber-Saal in der Firma J. H. Weber angelegt hatte.

Am es gleich vorweg zu sagen: Ich bin fest davon überzeugt, daß dieser Vortrag auf Geheiß meines Kollegen, Hofrat Weber, gehalten worden ist. Sie kennen meine republikanische Einstellung, Sie wissen auch, daß es früher sehr viel demokratisch denkende Mitglieder im VLB gab, ich weiß aber nach diesem Vortrag, daß dieser Verein heute ein reaktionäres Gebilde mit deutsch-national-nationalsozialistischer Einstellung geworden ist. Ich stelle dies mit Bedauern fest.

Herr Oberfinanzrat Dr. Bang, der auch Mitglied des Reichstags ist, hat sich den Leipziger Buchdrucker-Besitzern als der kommende Finanzminister des Dritten Reiches vorgestellt. Das ist sein ganzes Recht. Was er aber den Buchdrucker-Besitzern sonst vorzugesagte, das können nur Leute unterstreichen, die von Politik keine Ahnung haben und Wirtschaftsführer kleinsten Formates sind. Vor allem habe ich mich gewundert, daß Herr Dr. Bang es fertig brachte, den Leipziger Buchdrucker-Besitzern Karzummachen, daß an allem, was wir erleben, nur der Marxismus schuld ist. Wunders Sie sich bitte nicht, daß Herr Dr. Bang die Herren Brüning, Luther, Curtius usw. zu Marxisten proklamiert hat. Wunders Sie sich nicht, daß Herr Bang es fertig brachte, daß er Gott sei Dank etwas mehr Verantwortungsgewißheit habe als Herr Brüning usw. Bangs Erzählungen über unsre Finanzen waren so gehalten, daß er glaubhaft machen wollte, wenn eine Inflation käme, dann nur, weil der Marxismus sie verschuldet habe. Natürlich hat der Marxismus auch die erste Inflation verschuldet.

Am meisten wird Sie interessieren, daß Herr Bang für eine Arbeitszeit eintrat, die natürlich auch den Sonntag einschließen müsse. Jeden Tag zwölf Stunden und die Arbeitslosigkeit ist bedauerlich: ernstlich, das war der Unterton seiner Rede, und meine Kollegen klafften wahnwitzigen Besessenen. Am Schluß sprach Herr Bang von den blauen Augen der deutschen Nation, vom lieben Gott, der uns helfen werde.

Ich hätte nie geglaubt, daß man so Wirtschaftsführung auffassen kann, wie das Bang mit einem rein agitatorisch-politischen Vortrag getan hat. Man müge uns danor bekümmern, daß diese Menschen einmal die Wirtschaft in die Hände bekommen. Bang sagt: der Staat hat sich nicht um die Wirtschaft zu kümmern; er hat sich danach zu richten, was die Wirtschaft will. Na ja, in einem solchen Staat darf natürlich kein demokratisch eingestellter Mensch mehr Politik machen, in ihm ist den Herren um Dr. Bang alles allein zu überlassen.

Ich freue mich, daß in der Eisernen Front eine so mächtige Abwehrorganisation geschaffen worden ist. Bei allem, was uns trennt, muß ich doch sagen, daß ich mit Ihnen über sachliche Dinge immer gern sachlich rede: unter meinen Kollegen und in meiner Organisation gilt nur noch das Schlagwort: Jeder Gehilfe ist marxistisch verseucht, wir Prinzipale müssen sie dazu erzwingen, daß sie wieder von der Politik wegstommen. Wir werden es schon schaffen, wenn sie lange genug arbeitslos sind. Dann arbeiten sie noch einmal für einen Betrag, der der heutigen Arbeitslosenunterstützung entspricht.“

Wir haben diesem Bericht eines ehrlichen und vernünftigen Buchdrucker-Besitzers, der sich von allen ungesunden Überpannungen seines Betriebs nach der technischen wie nach der finanziellen Seite in wohlüberlegter Weise ferngehalten hat, deshalb auch heute noch auf bestem gewerblichen Boden steht und in anerkannter Weise sein Personal als Mitarbeiter in im besten Sinne des Wortes beurteilt und bewertet, nur noch die Bemerkung hinzuzufügen, daß aus dem weiteren Inhalt dieses Briefes zu entnehmen ist, daß die schäblichsten Besessenen zugehörig zu den Ausführungen des Herrn Oberfinanzrats Dr. Bang von solchen Hörern ausgingen, in deren Betrieben die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse am meisten zu wünschen übrig lassen.

Politik und Gewerkschaften

In der letzten Monatsversammlung des Ortsvereins Hensburg stand auf der Tagesordnung der Ausschluß eines Mitgliedes auf Grund des § 10a unserer Satzungen, in diesem Fall wegen aktiver Betätigung in der NSDAP. (SA). Von einigen Kollegen und dem auszuführenden Mitglied wurde die Auffassung vertreten, Politik gehöre nicht in die Gewerkschaften, und schon aus diesem Grund sei der Ausschlußantrag zu verwerfen. Es ist darum einmal notwendig, diese Frage grundsätzlich zu behandeln. Wenn der § 1 unserer Satzungen politische und religiöse Neutralität betont, so kommt darin deutlich zum Ausdruck, daß wir weitestgehende Toleranz üben und jedem Kollegen seine politische und religiöse Überzeugung freistellen. Wichtig ist aber zugleich, daß man in diesen Zusammenhang Zweck und Ziel der Gewerkschaften bringt. Das hier unser Existenzkampf eine wichtige Rolle spielt, herausgehoben aus der Notwendigkeit der Verteidigung gegen Ausbeutung und Unterdrückung, dürfte jedem Gewerkschaftler bekannt sein. Nur so ist unsere Stellungnahme gegen die Hitlerbewegung zu erklären, denn für uns ist es sonnenklar, daß die kapitalistische Machtübernahme, mit Hilfe dieser Bewegung, einer National-Sozialistischen Arbeiter-Partei, die Arbeiterfront zu überzumpeln und die bisherige Staatsform durch eine rücksichtslose Diktatur zu ersetzen. Eine unbefristete willkürliche Herrschaft ist die Voraussetzung für den Fortbestand des kapitalistischen Systems! Daher die Parole: Tod dem Marxismus! Marxismus, eine Weltanschauung, die die Mittäufser der Hitlerbewegung nur vom Hörensagen kennen.

Jede wirtschaftliche Frage ist zugleich eine Frage der Macht, also eine politische! Es versteht sich von selbst, daß wir bestrebt sind, Einfluß zu gewinnen auf unsre Arbeiterparteien, damit sie unsre Interessen vertreten und unsern Willen ausdrücken. Vermeiden sollten wir jede politische Zuspitzung, die geeignet wäre, unsre Gewerkschafts- und Arbeiterfront zu schädigen!

Aus diesem Zusammengehörigkeitsgefühl heraus reichen wir uns in den Gewerkschaften die Hand, und man sollte daher annehmen, daß Berufs Kollegen, die der uns entgegenstehenden Front angehören, die nur darauf warten, auf die Arbeiter und „Marxisten“ losgelassen zu werden, dann auch ehrlich sind und unsre Reihen verlassen. Niemand kann zweien Herren dienen! Der Vorstand des Hensburger Ortsvereins hat noch einmal infolge des Verfalls der Hitlerischen Privatarmee seinen Antrag auf Ausschluß zurückgezogen in der Hoffnung, daß der betreffende Kollege seine Gelegenheit mehr finden wird, sich arbeits- und gewerkschaftsfeindlich zu betätigen. Die Zeit wird ihm helfen, seinen Irrtum zu erkennen!

Was ist und was will Hitler?

Es ist bezeichnend für die Hitlerbewegung, daß sie jeder ehrlichen geistigen Auseinandersetzung aus dem Weg geht, Tatsachen ableugnet und mit allen Mitteln ihren Gegner: die Arbeiterbewegung, herunterreißt. Es ist vielleicht angebracht, hier an dieser Stelle einmal eine unpolitische Seite zu Wort kommen zu lassen. P. Jüngert Naab schreibt über Hitler in Nr. 22 der deutschen Wochenzeitung „Der gerade Weg“:

Herr Hitler, wer hat Sie denn erwählt? Sie und Ihre Presse sagen: das kommende Deutschland, die Besten der Nation. Es gibt unter Ihren Reden auch eine gute Zahl Idealisten, die endlich von Ihnen alles Gute hoffen. Diese Idealisten kennen den wahren Nationalsozialismus nicht, wissen nicht um das, was Sie planen und nicht um das, was Sie verüben und durch Unterhändler verhandelt haben. Könnten Sie es wagen, Ihre Karten aufzudecken? Sie wissen, daß Sie von der Masse gefürchtet werden. Sie haben freilich dem Reichswirtschaftsminister entgegengehalten, daß ganz Deutschland um Ihr Programm wirre, doch er nicht. Aber seien Sie doch aufrichtig: weiß die Masse Ihrer Anhänger um Ihr wirkliches Programm? Gibt es denn nicht aus Ihren Blättern immer wieder herans: „Hierfür wollen wir einmal an die Macht, was wir dann mit der Macht anfangen, wird man schon sehen.“ Sie haben die Idealisten mit einem solchen blöden Vertrauen auf Ihre Personlichkeit erfüllt, daß sie einen von Gott gesandten Propheten in Ihnen erblickten, dessen Volkstum man sich einfach zu unterwerfen hat. Noch selten hat ein Mensch so viel Weltschmerzhaftigkeit verstrahlt wie Sie, der Herold der demütigen Völkchen.

Die Masse der Suggestierten. Sie wollten die Massen-Insurrection. Sie sprachen davon, daß man den Massen einen fremden Willen aufzwingen, daß man sie fanatisch und hinterlistig machen muß. Sie betreiben dieses Geschäft jetzt seit mehr als 10 Jahren. Ihre Presse ist nur auf Suggestionen eingestellt. Es wird behauptet und behauptet, bis der Mensch ganz dumm und töd wird. Es wird unterflogen und

unterflogen, gelogen und gelogen. Sind Sie nicht für diese Methode verantwortlich? Auch die Propaganda kennt die Gesetze des Gewissens.

Sehr bezeichnend dürfte auch die Ausführungen in Nr. 4 der „Deutschen Invaliden-Zeitung“ unter dem Titel „Die Stellung der Ärzte zu den Nationalsozialisten“ sein. Es heißt da:

... Ein nationalsozialistischer Schriftsteller, Ernst Mann, hat ein Buch geschrieben „Vom Eitgeber zum Schwerdel“, in dem die Aufgaben des Arztes im „Dritten Reich“ mit der wünschenswerten Klarheit dargestellt werden. Danach ist der Arzt dazu berufen, unter dem Schutz des Krieges an der „Umgestaltung eines edlen Menschentums“ zu wirken. Was ist nun dieses „edle Menschentum“, in dessen Dienst sich die Ärzte stellen sollen? Es ist nicht das von Vesling, Goethe, Herder und andern deutschen Philosophen und Denkern geerbte humanitäre Ideal, das dem deutschen Volk Achtung und Wertschätzung in der gesamten Kulturwelt verschafft hat. Nein, was Mann und seine nationalsozialistischen Kollegen verstehen, ist die Anpflanzung der barbarischen Ausrottungsmethoden, des primitivsten Verwundungsinstinktes... „Aberall veründert, zu heilen und zu heilen, selbst dort, wo nichts mehr zu heilen ist, verloren die Ärzte das hohe Gefühl für die Bedeutung ihres Berufs.“ Was ist aber nun die „hohe Bedeutung des ärztlichen Berufs“? „Verdüppung der Volkszahl der Deutschen ist binnen 25 Jahren unter der Voraussetzung möglich, daß der gesunde Volkskörper von den kranken, beladenden Elementen befreit wird. Der Behebung der Volksverlusten stehen heute die besten Heilmittel zur Verfügung, aber immer noch moralische Entgegnungen. Es ist zwar dem Arzt schaltet, leibliche Operationen am Einzelmenschen vorzunehmen, doch wird er durch Gelegenheiten verhindert, chronische Seuchenherde im Volk durch Vererbung der Zeugenträger zu heilen und durch Behebung der milderer Verlagen Überwucherung der gesunden Volksbestandteile an zu befehlen. Solche diktatorischen Eingriffe in das Volksganze sind dringende Forderungen der Zeit. Wir dürfen die Verwirklichung lebenswichtigen Lebens nicht der nächsten Generation aufheben...“

Diese Ausführungen von Ernst Mann sind jedenfalls nicht für die uneingeweihte Masse bestimmt gewesen. Man mag diese Schriften verleugnen! Sie sind aber geschrieben und bringen uns einen Einblick in die Rohheit der Gesinnung und Denkart der Reaktion! Mehr denn je haben wir uns unserer Haut zu wehren und die Einigkeit der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften in den Vordergrund zu stellen!

Hensburg. Theodor Brokmeier.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Der kürzlich ausgegebene Tätigkeitsbericht des Reichsvereins der Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter für das Jahr 1931 ist wohl der unerfreulichste seit Bestehen der Organisation. Die unerhörte Wirtschaftskrise mit ihren vielerlei Folgewirkungen auf das Organisationsleben geben dem Bericht ihr Gepräge. Aber die Tarifrevision kam die Organisation ohne sonderlichen Schaden hinweg; ihre Hauptbedeutung liegt in der Schaffung eines Manteltarifs für die in den Buch- und Steinrudereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welcher Fortschritt einmal dazu führen wird, daß die in den Buch- und Steinrudereien beschäftigten Arbeiter auch einen einheitlichen Verband bilden werden. Die Arbeitslosigkeit wickelte in allen Gauen; einzig die Sektion Borsdorf des Gauses Tirof berichtiget von keiner schlechten Konjunktur und verzeichnet sogar häufige Leistung von Überstunden. Eine besondere Betrachtung verdient wieder die Invalidenunterstützung. Die im Jahre 1928 auf besonderes Drängen der Provinzfolgenden beschlossene bedeutende Erhöhung der Invalidenunterstützung erwies sich in der Folge immer mehr als übereilt und untragbar, und mußte, zumal auch die Schaffung eines entsprechenden Fundierungsfonds verabsäumt wurde, inzwischen zweimal schon recht einschneidende Kürzungen erfahren, da ja eine Organisation auch noch andere Verpflichtungen hat als bloß die Interaktion ihrer alten und nicht mehr arbeitsfähigen Mitglieder. Waren im Jahre 1923 zur Auszahlung der Invalidenunterstützung 4,8 Proz. der Mitglieder waren damals (invalid) nur 9,4 Proz. der Mitgliedsbeiträge notwendig, so liegt seit dieser Zeit die Zahl der Invaliden schon auf über 10 Proz. der Mitgliederzahl, für die im abgelaufenen Jahr bereits über 53 Proz. der Mitgliedsbeiträge an Unterstützungen zur Auszahlung gelangen mußten. Dabei muß freilich in Betracht gezogen werden, daß diese ungewöhnlich große Steigerung auch auf die Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen zurückzuführen ist, da hierdurch die Zahl der eingehenden Beiträge zurückging, so daß das prozentuale Verhältnis aus diesem Grunde notwendigerweise immer ungünstiger werden mußte. Die

Hauptfrage der Organisation galt wohl den Arbeitslosen, für die im Berichtsjahr die Unterstützung nach fünfjähriger Mitgliedschaft von 1,10 auf 2,20 Schilling erhöht wurde. Die Zahl der arbeitslosen Gehilfen bewegte sich vom Jahresbeginn an in nahezu ununterbrochen ansteigender Linie, um am Jahreschluss fast die Zahl 2000 zu erreichen, von denen allein auf den Gau Wien-Niederösterreich 1600 entfielen. Eine ähnliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit hat auch die Hilfsarbeiterchaft durchgemacht. Der prozentuale Anteil der einzelnen Sparten an der Arbeitslosigkeit ist — wie seit Jahren schon — mit jeder 30 Proz. am größten bei den Druckern, denen die Geher und dann die Stereotypen- und Gießer folgen. Für die ausgekehrten Arbeitslosen gelangten an Krisenunterstützung rund 205 000 Schilling zur Auszahlung, die aus Mitteln des separat verwalteten Tariffonds gedeckt wurden; aus dem gleichen Fonds wurden für den Streik der norwegischen Buchdrucker 40 243 Schilling auf Grund der internationalen Verpflichtungen geleistet. Die verschiedenen kollegialen Hilfsvereinigungen in den einzelnen Gauen hatten in diesem Krisen- und Esensjahr erhöhte Aufgaben zu bewältigen. Allen voran natürlich wieder die Wiener Waisen- und Jugend- und Notstandsfürsorge, die, neben vielen andern Hilfeleistungen, in ihrem bekannt mustergültigen, fortwährend erweiterten und ausgetakteten Karl-Höger-Haus im herrlichen Wienerwald wieder 322 Kindern und Waisen von Mitgliefern — auch aus der Provinz — einen kräftigenden Ferienaufenthalt bot. Für Kinder von Arbeitslosen oder Witwen werden an Verpflegungskostenbeitrag nur 30 Groschen pro Kind und Tag eingehoben, während die Verpflegungskosten tatsächlich 3,70 Schilling täglich betragen. Die Wiener Herbergsgemeinschaft hatte im Berichtsjahr eine Frequenz von 614 durchreisenden Kollegen zu verzeichnen, obgleich wegen der großen Arbeitslosigkeit und der Tarifrevision die Grenzen Österreichs für Zureisende vom April bis August gesperrt waren. Von den 614 Herbergsbefugten waren 48 Österreicher, 351 Deutsche, 155 Ungarn, 23 Tschechoslowaken, 4 Jugoslawen, 11 Rumänen, 16 Dänen, 2 Norweger, 2 Schweizer und 2 Polen. In den Lehrlingsabteilungen puffert allenthalben regstes Leben, und sie befinden sich in einem unverkennbar weiteren Aufstieg. Die Ziffern des Berichtsjahres erschütternd. Die bezugsberechtigten arbeitslosen Mitglieder hatten 349 056 Arbeitslosentage zu verzeichnen, zu denen noch 200 150 Tage der Mitglieder kommen, die nicht bezugsberechtigt waren oder als Ausgekehrte die Krisenunterstützung erhielten. Für die normale und Krisenunterstützung wendete die Organisation 804 194 Schilling auf (davon 205 000 Schilling Krisenunterstützung). In diesen Summen sind die Einzel-Notstandunterstützungen aus diversen Fonds und die Weihnachtunterstützungen nicht inbegriffen. Die Überproduktion allein an Gehilfen betrug für das verfloßene Jahr 1354, ohne Berücksichtigung der wegen der Wirtschaftskrise auf dem Invalidentand befindlichen Kollegen. Die 743 Invaliden des Vorjahres beanspruchten 722 605 Schilling. Die durchschnittliche Unterstützungsdauer der verstorbenen Invaliden betrug 5,9 Jahre, das Durchschnittsalter 68,54 Jahre. An Krisenunterstützung gelangten insgesamt 12 764 Schilling zur Auszahlung, davon 10 707 Schilling an Ausländer (7491 Schilling für 338 Deutsche für 6361 Reisetage). An Unterstützungen wurden im ganzen 1 468 282 Schilling (davon 117 847 Schilling an die Hilfsarbeiter) zur Auszahlung gebracht. Den Gesamteinnahmen von 1 620 586 Schilling stehen Gesamtausgaben von 1 736 950 Schilling gegenüber; das entstandene Defizit fällt auf die separat verwaltete Gehilfenabteilung, deren Einnahmen reiflos für Unterstützungen an diese verbraucht wurden. Das Vereinsvermögen hat sich von 969 822 Schilling im Jahre 1930 auf 853 458 Schilling vermindert. Der aktive Mitgliederstand betrug am Jahresende 7267 Gehilfen, 4328 Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen und 851 Lehrlinge, insgesamt also 12 446, und hat sich um 534 (zumeist aus den Kreisen der Hilfsarbeiterchaft) vermindert. Der Invalidentand von 743 hat sich gegenüber dem Jahr vorher um fast 8 Proz. vermehrt. Das Durchschnittsalter der aus dem aktiven Mitgliederstand verstorbenen Mitglieder betrug bei den Gehilfen 47,94, bei den Hilfsarbeitern 49,41 (im Vorjahr 53,56) und bei den Hilfsarbeiterinnen 53,42 Jahre. Bildtafeln und Kurventabellen vervollständigen neben dem reichen Ziffern- und Statistikalaterial den Jahresbericht. Lediglich das Fehlen einer Übersicht über die vorhandenen verschiedenen Arten von Seil- und Druckmaschinen wird vielfach als Mangel empfunden. Der Bericht legt ein bereites Zeugnis von dem segensreichen Wirken der Gewerkschaft in dieser Notzeit, von der Hilfsbereitschaft ihrer Mitglieder für die Opfer des Wahnsinns des kapitalistischen Wirtschaftssystems ab, die so erkennen, daß sie zwar — und vielleicht schon seit langem — aus dem Produktionsprozess, aber nicht aus der Gemeinschaft ihrer Kollegen ausgegliedert sind. Und solange eine solche vorbildliche Opferbereitschaft besteht, braucht solchen Mitgliedern und ihrer Gewerkschaft nicht bange zu sein. — Anfang Mai wurde am Grabe des unvergeßlichen Gehilfenobmanns der Wiener Buchdrucker und „Vorwärts“-Redakteurs Kollegen Anton Wieser ein Grabstein enthüllt, den ihm seine Organisation im Namen der dankbaren Kollegenchaft gewidmet hat.

Kollegen Schweinitz (Berlin), der Schweizerische Gewerkschaftsbund usw. Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit hörte die Versammlung die Worte des Kollegen Schweinitz, der die Größe der deutschen Kollegen überbrachte und Johann ein Bild gab über die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in Deutschland und der deutschen Buchdrucker im besondern. Möge sein Wunsch, daß der Tag bald anbricht, wo die Grenzspäße nicht mehr zum Galgen der Wirtschaft dienen, bald in Erfüllung gehen. Die Tagesordnung war, wie bereits an dieser Stelle ausgeführt, reich besetzt. Es waren zu ihrer Erledigung acht Stunden Arbeit nötig. Der Geschäftsbericht bot wie immer den Kollegen Gelegenheit, ihre Wünsche und Kritik an der Arbeit des Zentralkomitees anzubringen. Doch fand der Bericht nach einem auffälligen Wort des Verbandssekretärs Schumpf Genehmigung. Viel Zündstoff lag in der Luft für den Antrag der Studienkommission betreffend die Konzentration des Spartenwesens resp. des beruflichen Bildungswesens. Verbandssekretär Schumpf hielt dazu das orientierende Referat. Die Wahrnehmungen der letzten Jahre und namentlich die Erfahrungen bei der letzten Tarifrevision hätten die Notwendigkeit einer Änderung am bisherigen Zustand ins Licht gerückt. Die letzte Tarifrevision habe gezeigt, daß die Zersplitterung, die sich nach und nach eingeschlichen hat, dem Ganzen Schaden muß. Jede Sparte denke nur an ihre eignen Vorteile und nehme keine Rücksicht auf die Angehörigen der andern Sparten. Die Tendenz, die Spartenfähigkeit auf die Behandlung gewerkschaftlicher Fragen zu verlegen, habe sich da und dort stark bemerkbar gemacht. Es wurden sogar Stimmen laut, sich vom Verband loszutrennen und auf eigene Art weiterzufuttern. Ein derartiger Zustand müsse zu Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Sparten führen und die Zusammenarbeit föhren. Das führte dann zur Einsetzung einer Studienkommission, in der alle Sparten vertreten waren. Kollege Schumpf erläuterte nun die von der Studienkommission aufgestellten Richtlinien, die als Grundlage für die Durchführung einer neuen Idee dienen sollen. Man solle persönliche Interessen und persönliche Liebhabereien beiseite lassen. An der Sonderbündelung müßte der Verband mit der Zeit zugrunde gehen, wie seinerzeit die alte Eisenbahngewerkschaft. Es dürfe keine egoistischen Interessen Oberwasser bekommen, denn niemand anders als unsre wirtschaftlichen Gegner wären es, die daraus ihren Nutzen ziehen würden. Die Liebe zur Gesamtorganisation erfordere das Aufgeben der Sonderinteressen. Diese müßten zurücktreten, wenn der Verband die ihm gestellten Aufgaben durchführen soll. Die Diskussion über dieses Problem könnte einen beinahe an die Zeit der Einführung des Fabrikgesetzes erinnern. Aus lauter Ständesdünkel wehrte sich ein Teil der Gehilfen gegen die Umstellung der Buchdruckerunterstützung unter dieses Gesetz. Sie wollten keine Fabrikler sein, heute sieht man alle Traß, wenn wir den Schuß des Gesetzes anrufen können. Die Zeit hat uns aber auch gelehrt, daß wir mehr erziehen; wenn wir mit der Gesamtheit der Arbeiterchaft verbunden und nicht in kleine Gruppen gespalten sind. Der Referent gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich der Verbandstag auf der Höhe der Aufgabe zeige. Nach diesem mit großem Beifall aufgenommenen Referat entspann sich eine rege Diskussion, die ins Uferlose auszuarten drohte und dadurch abgebrochen wurde, daß ein fünfjähriges Spezialkommission eingeseht wurde mit dem Auftrag, einen neuen Antrag unter Berücksichtigung der verschiedenen vorgebrachten Wünsche auszuarbeiten und in der anberaumten Nachfristung vorzulegen. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

1. Das berufliche Bildungswesen ist vom Schweizerischen Typographenbund zu zentralisieren. Zur Durchführung dieses Ziel sind die Spartenorganisationen zur Mitarbeit verpflichtet.
 2. Der Schweizerische Typographenbund vertritt für seine Mitglieder alle wirtschaftlichen Interessen und Rechte, welche im Gesamtarbeitsvertrag festgelegt sind. Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehören im weiteren alle im Art. 3 der Verbandsstatuten erwähnten Aufgaben.
 3. Die Behandlung der technischen Fragen und Förderung der beruflichen Bildung ist Sache der Spartenorganisationen. Das Recht zur Behandlung von berufspolitischen Fragen steht ihnen aus.
 4. Vorträge, Exkursionen, Kurse usw. (technischer Art) können für die einzelnen Spartenverbände absonderlich arrangiert werden. Allgemein bildende Vorträge, Wanderungen, Ausflüge, der Kostenlastigkeit dienende Veranstaltungen sollen gemeinsam von allen Spartenverbänden unternommen werden.
 5. Der Typographenbund ist verbindlich ein Institut für berufliche und technische Fortbildung heraus. Dieses Institut hat auch den Lehrlingsabteilungen an dienen. In der Redaktionskommission sollen alle Berufsgruppen vertreten sein.
 6. Für die Befolgung gelten die vom Zentralkomitee aufgestellten Reglements und Weisungen.
- Das Zentralkomitee wird beauftragt, die finanzielle Auswirkung der Schaffung dieses Instituts festzustellen und den Stellen zur Beschlußfassung zu unterbreiten.
- Fernerdem empfiehlt die Delegiertenversammlung den Spartenverbänden, sich über die von der Studienkommission geäußerten Wünsche betreffs Reduktion der Sparten von fünf auf drei, der Abhaltung gemeinsamer Spartenversammlungen und der Aufhebung des Klassenverfalls unverzüglich ins Einvernehmen zu legen.

Zu namentlicher Abstimmung wurde dieser Antrag ohne weitere Diskussion mit 65 Ja gegen 4 Nein und 2 Enthaltungen angenommen und damit ein Zündstoff aus der Welt geschafft, der früher oder später dem Typographenbund schwere Erschütterungen gebracht hätte. In rascher Folge wurden dann die weiteren Geschäfte erledigt. Der Antrag Kern betreffend die Gewährung des Krankengeldes vom ersten Tag an wurde gutgeheißen, ebenso derjenige betreffend die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung. Opposition fand dagegen der Antrag Ulrich betreffend Aufhebung des Vorkaufes. Der internationale Sekretär Schweinitz betonte die Notwendigkeit der Beibehaltung der Krisenunterstützung, der heute angesichts der Notlage so mancher Ver-

bände eine große Bedeutung zuschreiben. Man dürfe nicht den Anschein erwecken, daß gerade die Schweiz gegen das Vorkaufes Sturm laufe, wo sie doch nur gewisse Auswüchse zu bekämpfen wünsche. Der Antrag wurde dann dahin modifiziert, daß das Zentralkomitee beauftragt wird, die Mißbräuche im Vorkaufeswesen in der nächsten Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission zur Sprache zu bringen und auf Beseitigung zu dringen. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Aufnahme der Lehrlinge in die Arbeitslosenkasse des Verbandes und ebenso ein Antrag des Zentralkomitees, der bewerte, Kollegen mit dem 60. Altersjahr auf den Invalidentat zu übernehmen, auch ohne ärztliches Attest. Als Vorortssitzung wurde Bern für weitere drei Jahre bestätigt und die nächstjährige Generalversammlung findet ebenfalls in Bern statt, verbunden mit dem 75jährigen Jubiläum des Typographenbundes. Am Pfingstsonntag tagten die Maschinenseher und erlebten ihre interne Versammlung. Der am Abend vorher von der Delegiertenversammlung des Mutterverbandes beschlossene Neuregelung des beruflichen Bildungswesens wurde gutgeheißen. Anschließend an die Delegiertenversammlung fand noch das 25jährige Jubiläum der Maschinensehervereinerung St. Gallen sowie das 100jährige Jubiläum der Sektion St. Gallen des Typographenbundes statt, die beide einen ausgezeichneten Verlauf nahmen.

Tschechoslowakei. Am 15. Mai d. J. feierte der Zentralverband der Buchdrucker- und Schriftgießergesellschaften Böhmens, Typografická Beseda, in einer den Verhältnissen entsprechenden einfachen, aber würdigen Festversammlung in Prag sein 50jähriges Bestehen. Im Jahre 1862 hatten sich 18 Prager Kollegen in einer Prager Privatwohnung zusammen und gründeten den Verein „Typographia“, der im ersten und zweiten Vereinsjahr 276 Kollegen um sich versammelte; erst 1881 wurden die ersten 500 überzählt, 1888 das erste Tausend. Ende 1931 zählte der jubelnde Verein 6313 Mitglieder. Die schlichte, aber eindrucksvolle Feier fand im dem Geläut aus, im Interesse der Organisation jedes verlangte Opfer zu bringen und dahin zu arbeiten, daß die Organisation auch weiterhin ein Bollwerk bleibe und ein Lichtschein für alle, die die Befreiung der arbeitenden Menschen zum Ziel setzen. Den verdienstvollen toten Führern des Vereins wurden durch Abordnungen der Lehrlingsabteilung an ihren Gräbern Kränze niedergelegt. Eine Abordnung des Wiener Lehrlingsausschusses legte auf Wunsch des Prager Zentralausschusses auch dem verdienstvollen und unvergeßlichen Führer der Wiener und vormals altösterreichischen Buchdrucker, des guten Freundes der Lehrlinge und Buchdruckers für einen Lehrlingsausflug, Karl Höger, auf dessen Grab in Wien einen Kranz nieder. Schon ein Jahr nach der Gründung des jubelnden Vereins, 1883, wurde, zunächst von einem Kollegen selbständig, der Versuch unternommen, ein eigenes Jahrbuch der tschechischen Buchdrucker herauszugeben, das dann im Jahre 1872 als erste Nummer des „Belesavin“ als Vereinsorgan erschien und somit demnachst auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken kann.

Polen. Die noch immer um sich greifende Arbeitslosigkeit, die stellenweise schon die Hälfte der Berufsgehilfen umfaßt, heißt für den noch beschäftigten Verbandsmitgliedern immer größere Opfer. Die ordentlichen Beiträge und die anscheinlichen Extrabeiträge müssen restlos für Unterstützungszwecke ausgegeben werden. Da die Ausgaben höher als die Einnahmen sind, müßten die Unterstützungen schon einige Male nach unten ausbalanciert werden. Diese betrübende Tatsache wirkt sich leider auch auf den Mitgliederbestand abnehmend aus. Nicht nur Arbeitslose werden dem Verband untreu, sondern auch beschäftigte Kollegen, denen die Beiträge zu hoch sind und denen der Eigenruhm nicht zu verstehen erlaubt, daß den arbeitslosen Kollegen unbedingt geholfen werden muß, damit sie den Lohnstand nicht unterbieten. Wer vom Glend gemüht ist, läßt allzu leicht die Grundzüge der Solidarität fahren. Und eine bessere Solidarität haben die Buchdrucker in Polen sehr nötig, denn deren Mangel haben sie schon teuer bezahlen müssen. Wie schon öfter an dieser Stelle erwähnt, gelang es den Posener Prinzipalen, sich eine Streikbedrohung heranzuziehen, die unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft“ im ganzen Land bei jedem Konflikt als Kausierherkolonne grassiert. Mit deren Hilfe ist es den Prinzipalen gelungen, in den einst preußischen Bezirken Polen und Pommerellen die Löhne auf einen Stand herabzudrücken, der im übrigen Polen nicht anzutreffen ist. — Die polnischen Arbeiterorganisationen, die den ehemaligen Sozialisten Vorkaufes als ihren Stützpunkt anbieten, sonst aber wegen ihrer minimalen Anhängerzahl keinen Einfluß besitzen, geben in Warschau ein Blattchen unter dem Namen „Walka“ („Der Kampf“) heraus, das nicht leben und nicht sterben kann. Die Behandlung des Personals war echt naziförmig. Der Verleger konnte sich insbesondere von den Lohngebern leicht trennen. Als der Lohnrückstand schon auf 15 Wochenlöhne aufstieg, trat das Personal in den Streik. Das war dem Verleger anscheinend ganz recht. Er forderte das Personal zum sofortigen Verlassen der Doffizin auf. Als dies verweigert wurde, ließ er 14 „rauhe Kämpfer“ kommen, um die Streikenden einzuschüchtern. Erst als letztere die Drucker um 2 Uhr nachts verließen, vertrieben sie die „Aufseher“. Am nächsten Tag fanden die Streikenden die Druckerei geschlossen. Vom Verleger konnten sie keine Auskunft erhalten. Auf diese einfache Weise wurden sie alle auf die Straße gesetzt und um den rückständigen Lohn geprellt. Später erfuhr sie, daß der Verleger schon vor dem Konflikt einen fertigen Vertrag mit einer andern Druckerei in der Tasche hatte, die dem Blattchen zu weiterem Leben verhelfen will. Der Streik

was also ein willkommener Anlaß zum Betrag. — In Polen wird bei Betriebskonflikten manchmal der sogenannte italienische Streik praktiziert. Er beruht darauf, daß die Beschäftigten Tag und Nacht im Betrieb verbleiben. Frauen oder Kinder bringen den notwendigen Proviant. Ein solcher Streik ereignete sich im April auch in der Lemberger Drucker „Biblos“. Dieser Kunsttempel ist ein herrliches Unternehmen und untersteht dem griechisch-katholischen Metropolit von Lemberg. Als Betriebsdirektor fungiert ein Pfarrer Kofelnyk, ein Geschäftsmacher und Ausbilder ersten Ranges. Organisierte Arbeiter wurden natürlich nicht geduldet, denn die Löhne stanken um 50 bis 75 Proz. unter dem Lemberger Tarif. Zudem „durften“ die Paschullen beliebig lange arbeiten. Da aber selbst das geduldetste Schaf blöht, wenn es mißhandelt wird, trat das Personal in den Streik, der aber nach einigen Tagen erfolglos zusammenbrach. Abspann griff das Personal zu dem Mittel des italienischen Streiks. Auf diese Weise wollten sie die Leitung zu Verhandlungen zwingen. Aber alle Versuche, dem Metropolit die Sachlage darzustellen, mißlingen. Nach zwölfstündiger Streikdauer ließ der Betriebsleiter Rabinow zehn Polizisten kommen, die die „Italiener“ mit Waffengewalt vertrieben. Abspann begann der zweite Akt der Tragödie. Die Streikenden durften in den Betrieben nicht mehr hinein. Sie konnten aber auch keinen Geschäftsvorteiler zu Verhandlungen veranlassen. In ihrer Verzweiflung ließen sie sich zu Unbesonnenheiten hinreißen. Sie teilten sich in zwei Gruppen, von denen die eine dem Betriebsleiter die Fenster scheiben einschlug, die andre im Palaß des Metropoliten. Ein Teil der Fensterkürzer wurde in Haft gesetzt. Um die Affäre nicht zu einem riesengroßen Skandal auszuwaschen zu lassen, erklärte sich endlich die Kurie zu Verhandlungen bereit. Es ist aber anzunehmen, daß das „Biblos“-Personal herzlich wenig erfreut ist, da es keinen organisatorischen Hinterhalt hat. Zwar sind die Streikenden im Laufe der Bewegung selbstamerweise der jüdischen Sektion des Buchdruckerverbandes beigetreten, obwohl sie alle christlich sind. Ob sie aber darin bleiben, wird wohl zu bezweifeln sein. —

Holland. Obwohl in Wort und Zahl aus dem Jahresbericht des holländischen Buchdruckerverbandes über 1931 hervorgeht, daß die deprimierten Tendenzen dieser Zeit auch dem Verband nicht erspart geblieben sind, legt doch dieser ausführliche Bericht ein herabes Zeugnis davon ab, daß trotzdem seine organisatorische und finanzielle Kraft noch ungebrochen ist. Der Verband eskalierte im Berichtsjahre eine rege innerorganisatorische Tätigkeit, indem zahlreiche Buchdrucker- und Schriftsetzerkongresse im Lande abgehalten wurden, wo als propagandistische Umrahmung der Verbandstagen ausgezeichnete Dienste leistete. Eine frühe Zusammenkunft der Buchdruckerjugend im herrlich bewachten Meerhouten, im Zeltlager der niederländischen Arbeiterjugendzentrale, war ein neues Ereignis im Verband, das sich dieses Jahr wiederholen wird. Die Pensionskasse, die anfänglich ein sehr hemmendes Hindernis für ein ruhiges Verbandesleben zu werden drohte, hat sich nun als Selbstverständlichkeit in der Tarifgemeinschaft eigenisiert. Es fanden sich hier und dort zwar noch Gegner der Kasse (insgesamt 32), die sich hartnäckig weigerten, den Beitrag zu entrichten, und sich somit dem Ausschluß aus dem Verband aussetzen; aber ohne rigoros vorzugehen, gelang es der Verbandsleitung glücklich, auch diese letzten Außenstehler zur Vernunft zu bringen. Bedeutende Aktionen fanden im Berichtsjahr nicht statt. Wir berichteten schon früher, daß die Tarifverhandlungen im Buchdrucker- und Buchbindergewerbe mit dem Resultat führten, daß die Löhne insgesamt mit 3 Cents pro Stunde gesenkt wurden. Aber den Mitgliederstand des Verbandes wird berichtet, daß die Zahl Ende vorigen Jahres 10 465 betrug, was eine Zunahme von 169 Mitgliedern bedeutet. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 3883 Handsetzern (1930: 3885), 965 Maschinensetzer (1927), 2791 Druckern (2691), 2826 Buchbindern (2766). Die Zahl der weiblichen Mitglieder stellte sich auf 600 (612). Die finanzielle Lage des Verbandes ist eine überaus glänzende. Das Verbandsvermögen hatte im Berichtsjahr einen Zuwachs erfahren von rund 67 478 Gulden und stellte sich auf rund 2 012 223 Gulden, darin sind nicht enthalten die Vermögen der Sektionskassen mit einem Gesamtbetrag von rund 98 855 Gulden und das Vermögen der für die Verbandsangestellten gegründeten

Pensionskasse mit einem Betrag von rund 160 817 Gulden. Das Gesamtvermögen konnte also genau gesteckt werden auf 2 271 925,71 Gulden. Die zunehmende Arbeitslosigkeit im Gewerbe hatte im vergangenen Jahr die Ausgaben aus der Arbeitslosenkasse mehr als verdoppelt. Sie betragen rund 166 726 Gulden (1930 rund 82 417 Gulden). Von Arbeitslosigkeit wurden getroffen 1624 Mitglieder (1930: 1159). Geählt wurden 498 954 Arbeitslosentage (116 417). Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in allen Buchdruckerverbänden 60 Proz. von Durchschnittslohn der letzten sechs Monate bei einer Dauer von 15 Wochen. Der Staat unterstützt die Arbeitslosenklasse mit 100 Proz. — Wie bereits mitgeteilt, fängt am 6. Juni d. J. in Antwerpen die 58. ordentliche Generalversammlung an. Es stehen auf der Tagesordnung 56 Behandlungspunkte und Anträge, meistens organisatorischer Natur. Das Verlangen nach der Vierzigstundenvoß als ein Mittel gegen die wachsende Arbeitslosigkeit tritt auch hier in einigen Vorschlägen hervor. Wie anzunehmen ist, wird diese Angelegenheit leidenschaftliche Diskussionen hervorrufen, wohl nicht über die Notwendigkeitsfrage, sondern vielmehr darüber, ob man diese Forderung, d. h. die Vierzigstundenvoß ohne Lohnabzug, bei den kommenden Tarifunterhandlungen stellen kann und der Verband die Kraft haben wird, den Kampf dafür aufzunehmen. Ein weiterer bedeutungsvoller Punkt liegt wohl in der letzten These eines Referats des Kollegen F. van der Wal über die Entwicklung des kollektiven Arbeitsübereinkommens. Der betreffende Vorschlag lautet: „In den graphischen Betrieben Hollands, in denen das kollektive Arbeitsübereinkommen weitaus am stärksten entwickelt ist, wäre in Erwägung zu ziehen, bei künftigen Tarifunterhandlungen, wenn keine Übereinstimmung zustande kommen kann, die verschiedenen Streitpunkte dem Entschcid eines von den Parteien zu wählenden Schiedsgerichts zu überlassen und diesen Schiedspruch als richtunggebend zu betrachten für die Anweisungen der Verbandsleitung an die Mitglieder über die Ablehnung oder Annahme des abgeänderten Übereinkommens.“ Es ist zu hoffen, daß der Kongress diese wichtige taktische Frage in zweideutiger Art erledigen wird.

Großbritannien. Die Zeiten sind sehr ernst für die Arbeiterklasse des britischen Buchdruckerwesens, vielleicht so ernst wie nie vorher. Laut amtlicher Statistik des Arbeitsministeriums waren vor kurzem 278 970 Personen beiderlei Geschlechts im Buchdruckerberufe arbeitslos. Diese sehr bedenkliche Tatsache beherrscht die wirtschaftliche Situation ausschließlich. Sie hat eine neue Krise in den Reihen der Gewerkschaften verursacht, besonders im Printingverband (Typographical Association), dessen Vorstand gezwungen war, eine sofortige Konferenz der Gewerkschaften einzuberufen, nämlich für englische Vertreter in Birmingham und für irische Vertreter in Dublin. Bei diesen Konferenzen wurde die erste Forderung „gala offen“ aufgestellt. Der Streik in den Jahren 1913/14 betrug rund 100 000 Wd. Sten. zufolge, der Arbeitslosenunterstützung. Binnen kurzem muß entweder eine bedeutende Erhöhung der Beiträge der beschäftigten Kollegen erfolgen oder die ganze Arbeitslosenunterstützung wird aufgehoben werden müssen. Die Lage wurde als besonders dringend betrachtet, und die Organisationsleitung beantragte, die höchsten Beiträge sofort in Kraft zu setzen. Obgleich völlige Übereinstimmung über die Notwendigkeit bestand, durch einschneidende Maßregeln die Lage zu überwinden, stellten es die Vertreter in beiden Fällen doch für besser, zuerst die Meinung der Mitglieder einzuholen, ob sie bereit waren, diese neue schwere Last auf sich zu nehmen. Es fand eine allgemeine Abstimmung innerhalb des Provinzverbandes statt, wobei der Vorschlag des Vorstandes auf Vertragserrhöhung von den beschäftigten Mitgliedern mit 20 288 Stimmen gegen 4479 angenommen wurde. Dieser Abstimmung zufolge müssen alle Mitglieder, die bis zur Hälfte des tariflichen Lohns bekommen, einen Extrabeitrag von 9 Pence wöchentlich bezahlen. Die Beiträge sind viel höher als je vorher, und die gewerblichen Ausfühler sind infolge der riesengroßen Arbeitslosenziffern äußerst schlecht. Dazu kommt noch als erschwerendes Moment, daß die Prinzipalität die jegliche Wirtschaftskrise als eine gute Gelegenheit betrachtet, um einen großen Angriff gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der organisierten Buchdrucker durchzuführen. Ihre Pläne sind noch nicht genau bekannt, doch laut Bericht sind sie äußerst weitgehend. Sie schließen einen allgemeinen Lohnabbau von 20 Proz. ein, wie auch die Aufhebung aller Vorzüge der Maschinensetzer und die Aufhebung des Urlaubslohn. Beide Parteien traten Anfang Mai zu Beratungen zusammen, die schließlich bis Ende Mai vertagt wurden. Die Verhandlungsstände sind überzeugt, daß sie sich in allen weiteren Stadien der gegenwärtigen Situation auf das einmütige Vertrauen der gesamten Kollegenchaft stützen können. Sie werden sich in dieser Beziehung keineswegs enttäuscht sehen.

Türkei. Verschiedene briefliche Anfragen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im türkischen Buchdruckerberufe, die in letzter Zeit aus deutschen Kollegenkreisen bei uns eingingen, lassen vermuten, daß sich mehrere türkische Firmen auf der Suche nach ausländischen Arbeitskräften befinden. Wie wir den Mitteilungen des Internationalen Buchdruckersekretariats entnehmen, ist das auf eine vorübergehende kleine Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt des türkischen Buchdruckerberufes zurückzuführen. Diese beruht in der Hauptsache auf dem zunehmenden Ausfuhrhandel in Verbindung mit dem Neuzugewinnen verschiedener Zeitungen. Ein großer Teil der Betriebe, der sich schon längere Zeit mit harte Arbeit und einem teils bis auf 25 Proz. verringerten Personal durchgeschlagen hatte, ging wieder zur Vollarbeit über. Doch schlugen verschiedene Betriebe die Taktik ein,

daß von der Fünftageswoche auf sechs Arbeitstage übergegangen wurde. Andre Betriebe nahmen einen Lohnabbau bis zu 25 Proz. vor, der selbstverständlich von der Buchdruckerchaft mit größter Aufmerksamkeit festgestellt und scharf abgelehnt wurde. Besonders hart wurden aber die türkischen Buchdrucker von der seit Dezember sich in Kraft befindenden Krisensteuer betroffen, die je nach Verdienst 10 bis 12 Proz. des Einkommens ausmacht. Heute kann der Buchdrucker der Türkei sagen, daß er insgesamt etwa 20 Proz. seines Einkommens an den Staat abzuführen hat. Die diversen Beträge, die durch verschiedene Monopole extra noch eingezogen, besser gesagt auf Waren geschlagen werden, natürlich nicht eingerechnet. Die Tätigkeit des jungen türkischen Buchdruckerverbandes hat sich bis heute nur in nutzlosen Versammlungen ausgewirkt. Trotz des schon mehrjährigen Bestehens konnte der Verband noch nicht einmal einen Lohnvertrag abschließen, geschweige denn sonst seine Existenz beweisen. Der Prinzipal der Türkei bezahlt heute noch sein Personal nach seinem Gutdünken, und der Arbeiter hungert sich hilflos durch. Nach wie vor sei vor einer Zurechtweisung (auch bei Vertrag) dringender gewarnt. Die Lohnstaffeln der Buchdrucker in der Türkei schauern zur Zeit folgendermaßen aus (1 türkische Lire = 2 M.); 1. Handsetzer 12—18 Lire wöchentlich, Drucker 10—15 Lire; 2. Handsetzer 10—20 Lire, Maschinensetzer 15—25 Lire, Drucker 10—20 Lire wöchentlich. Die höheren Löhne des Zeitungspersonals sind darauf zurückzuführen, daß dieses größtenteils Nachtarbeit verrichtet. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden täglich. — Seit geraumer Zeit wurde von der türkischen Regierung schon ein Arbeitsvertrag für Ausländer geplant. Nachdem nunmehr der Gesetzentwurf über die Beschäftigung ausländischer Fachleute der Nationalversammlung in Angora vorgelegt wurde, beschloß diese, den ausländischen Fachleuten eine Frist von einem Jahr zu gewähren, um ihre Stellen in der Türkei aufzugeben. Gleichzeitig wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß sich im Laufe des Jahres noch verschiedene ändern könne, so daß auch das Gesetz bei einer Besserung der Arbeitslage wieder hinsichtlich werden könne. Eventuelle Änderungen des Gesetzes behält sich die türkische Regierung vor.

Korrespondenzen

O. D. Berlin. Die am 18. Mai in den „Germania-Praktiken“ abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Berliner Funktionäre nahm den Bericht von den Tarifverhandlungen entgegen. Kollege Bruno Kretschmer, Beisitzer im Verbandsvorstand, führte den jahrelang erschienenen Kollegen chronologisch den Verlauf der sich über neun Wochen erstreckenden Verhandlungen vor. Auf diese dabei auf die besonderen Schwierigkeiten und teilweise heftigen Debatten bei dem Kampf um die „Beresteuerung“ (neues Manteltarif) hinweisend. Abgesehen bei der Beurteilung des Ergebnisses müßten die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage, außerdem die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums und der außerordentlichen Einfluß des Arbeitgeberverbandes auf die Unternehmer im Buchdruckerberufe sein. Umwärtigend für die Stellungnahme der beteiligten Gewerkschafter neben den noch schwebenden Verhandlungen der Hilfsarbeiter auf die Lage in der Provinz gewesen, für die eine tariflose Zeit untragbar sei. Auch die Wünsche der Prinzipale seien nicht erfüllt und nach Lage der Dinge würde auch durch einen allgemeinen Kampf nicht mehr zu erreichen gewesen sein. Eine größere Debatte habe auch die Beratung der Lehrlingsfragen hervorgerufen, bei welcher Gelegenheit der Vertreter der Handwerkeramt unserer Lehrlingslöhne als 100prozentig über denjenigen anderer Berufe liegend bezeichnete und ihren Abbau befürwortete. Der Referent wies dann auf die geringen Verbesserungen der Vereinbarung, die in Nr. 41 des „Korr.“ ausführlich erläutert sind, und auf die Verlängerung des bestehenden Lohntarifs hin und empfahl den Kollegen die Annahme. Vor Eintritt in die Diskussion wies der Verbandsleiter, Kollege Albert Brauer, in Vertretung des erkrankten Kollegen Robert Braun mit einigen marlanten Worten auf die von Gehilfen mit Energie geführten Verhandlungen hin. Trotz ihres unbeschränkten Ausgangs dürfe die Kollegenchaft die Hoffnung nicht verlieren, denn in den vielen Jahrzehnten ihres Bestehens sei die Organisation noch immer mit den über sie dahingegangenen schlechten Zeiten fertig geworden. Er bat um eine gerechte Kritik. Von den erst diskutierten bezeichnete Kollege Paul die Ausführungen des Referenten als hoffnungslos und die 75prozentige Bezahlung der Ferien als einschneidendste Maßnahme. Sowohl von diesem als auch von einem späteren Redner wurde die mangelhafte Publikation über den Gang der Verhandlungen moniert. Kollege Albert Brauer führte diese Beschwerden sofort auf das richtige Maß zurück. Kollege Albert Brauer trat für Ablehnung des Ertrahens ein und unterstellte ihnen Anhandlern, daß sie sich bei ihren Entscheidungen von politischen Rücksichten hätten leiten lassen. Er verlangte Einheitsfront gegen den Faschismus, Einführung von Substanzverbänden und Vorbereitung von Kampfmaßnahmen durch die Betriebsvertretungen und unterbreitete eine Resolution, in der jede Verschärfung der tariflichen Bestimmungen abgelehnt und an den Gewerkschaften die Aufhebung gerichtet wurde, in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen zur Abwehr aller Verschärfungen der tariflichen Bestimmungen den Streik zu organisieren. Kollege Niemann bezeichnete das Resultat als eine schwere Zurechtweisung an die Kollegenchaft, wobei insbesondere die Berliner wegen ihrer ausgebreiteten Zusammenarbeit große Opfer zu bringen hätten. Wichtig sei die Erhaltung der Feriendauer. Kollege Kretschmer bedauerte, daß die tariflose Zeit nicht zum Kampf benutzt worden sei aus taktischen Gründen; unterbreitete eine Resolution, Kollege Scheer warnte in temperamentvoller Weise den Ver-

bandsvorstand vor Festlegung dieser Politik und Außerachtlassung der Urabstimmung. Durch die Neuregelung der Arbeitszeit sei in den Berliner Großbetrieben (Scherl) die Schichtbezahlung illusorisch geworden. Kollege Bietzsch hob hervor, daß die Forderungen der Kollegen rechtlos unter den Tisch gefallen seien. Der Gewerkschaft habe einstimmig das Verhandlungsergebnis, auch mit seinen „Verbesserungen“, abgelehnt, ebenso das Anerbieten der Unternehmer, mit Berlin einen eignen Sondervertrag abzuschließen. Obwohl das Ergebnis zweifelhaft sein könne, wäre auch ihm eine Urabstimmung erwünscht gewesen. Er ersuchte die Versammlung um Ablehnung der Resolution von Urabstimmungen und Genossen. In sehr deutlicher Form wurde den wenigen Rednern der Opposition klargemacht, daß ihre „Politik“ von der Berliner Kollegenchaft ganz energisch abgelehnt wird. In seinem Schlußwort sagte sich Kollege Kretschmer mit den vorgebrachten Beschwerden der einzelnen Redner auseinander. Die Frage der Urabstimmung habe bei den Gewerkschaftern eine große Rolle gespielt und erst nach sehr gründlichen Überlegungen sei davon Abstand genommen worden. Die scharfe Sprache der meisten Berliner Funktionäre sei verständlich. Aber auch nach einem Kampf müßten wieder Verhandlungen stattfinden und ein vielleicht nicht befriedigender Schiedsspruch hingenommen werden. Der Referent setzte sich zum Schluß für die Erhaltung des Tarifgedankens und der Organisation ein, nicht zuletzt im Interesse unserer Arbeitslosen und der Unwilden. Bei der Abstimmung wurde die Resolution Urabstimmungen abgelehnt.

Berlin. (Schriftgießer.) Am 23. Mai fand unsere gut besuchte Generalsversammlung in der Stadt. Der Bericht über die Manteltarifverhandlungen brachte nur Verschlechterungen. Am meisten Erbitterung hat die neue Bestimmung über die Entschädigung von 75 Proz. der Ferien hervorgerufen, denn Ferien heißt Ausspannung und neue Kräfte sammeln, aber ob es einem Kollegen möglich ist, auch nur die bescheidenste Ferienruhe zu machen, muß bezweifelt werden. Die bittersten Vorwürfe aber wurden der Verhandlungskommission gemacht, daß sie abgeschlossen hat, ohne daß die Mitgliedschaften Stellung zu den neuen Vereinbarungen nehmen konnten, und daß die Verhandlungen über das Lohnabkommen und den Reichsfluchtlohn noch offen sind. Folgende einstimmig angenommene Resolution gibt das Stimmungsbild der Versammlung wieder. „Die Generalsversammlung der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins drückt, nachdem der Bericht der Kommission über Abschluß des Manteltarifs gegeben wurde, ihre größte Mißbilligung aus. Da im Manteltarif für die Arbeiterschaft größere Verschlechterungen enthalten sind, sieht die Arbeiterschaft geschlossen auf dem Standpunkt, sich keinen Abbau in Lohn und Urlaub gefallen zu lassen. Die Verhandlungskommission wird beauftragt, keinen Abbau vornehmen zu lassen. Das Lebensniveau der Arbeiterschaft ist heute so weit, daß kein Lohnabbau mehr vorgenommen werden kann. Die Arbeiterschaft wird geschlossen den Kampf aufnehmen.“ Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen u. a. hervor als erster Vorsitzender Karl Schimmler und als Kassierer Dietrich. Der erstattete Jahresbericht wies einen Bestand von rund 989 M. auf. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des ersten Quartals 346.

Darmstadt. Einem guten Besuche erfreute sich unsere Bezirksversammlung am 13. Mai. Galt es doch Stellung zu nehmen zu dem Schiedsspruch sowie den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Mannheim entgegenzunehmen. 17 Neuausgewählte wurden zunächst in unsere Verband ausgenommen. Kollege Volpert begrüßte diese und verband hiermit die Gratulation zu ihrer bestandenen Gesellenprüfung. Unter Betrachtung der Bedeutung dieses Lebensabschnittes und der Wichtigkeit der Organisation der Jungkollegen stimmte die Versammlung der Aufnahme zu, ebenfalls einem andern Neueintritt. In scharfem Kontrast hierzu stand der nächste Tagesordnungspunkt, den auch der Vorsitzende gebührend beleuchtete. Er betraf sieben Mitglieder, die glauben, durch Beitragsentziehung einen wirtschaftlichen Vorteil herauszuschinden. Als uft, aber dann zu spät, kommt bei solchen Kurzsichtigen die Reue und die Auswirkungen ihrer unverantwortlichen Handlung in moralischer wie persönlicher Hinsicht. Einstimmig stimmte die Versammlung den Ausschüssen zu. Sodann erstattete Bezirksvorsteher Volpert Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz, die Stellung nahm zu den langwierigen Lohnverhandlungen und dem Schiedsspruch, der eine Syndikatsarbeit in höchster Würde darstelle. Von einem inzwischen vom Gewerkschaft unverändert übermittelten Bericht über die neueste Situation wurde ebenfalls Kenntnis genommen. Es heiße jetzt, Gewehr bei Fuß stehen und den Maßnahmen der Organisation Folge zu leisten. Eine lebhaft ausgeführte Rede über die ungeheuerlichen Zunahmen der Unternehmervertreter und der sogenannten Unparteilichen. Der Exrakt gestiftete darin, unsere Vertreter in letzter Stunde zu beauftragen, nur auf die Verlängerung des Tarifs einzugehen und sich alle Kampfmaßnahmen vorzubehalten. Telegraphisch wurde der Verbandsvorstand davon in Kenntnis gesetzt. In Anbetracht der wirtschaftlichen Ereignisse wurde auf Vorschlag des Vorstandes die Abhaltung des diesjährigen Johannistages einstimmig abgelehnt. Die dafür vorgesehenen Ausgaben sollen unsern Arbeitslosen zugute kommen. Interessant war noch der Bericht über die diesjährigen Gesellenprüfungen durch den Bezirksvorstehenden. 32 Scherl und 9 Drucker hatten sich der Prüfung unterzogen, wobei drei Gelehrtestanden durchfielen. Hervorgehoben seien die teilweise vorzüglichen Leistungen in praktischer Hinsicht. Unberücksichtigt seien aber auch Lehrbetriebe auf dem flachen Land festgehalten, denen man durch den Sachauschuss die Lehrberechtigung abgeprochen habe. In dem über das Wirken des Sachauschusses Gebotenen dokumentierte sich die geleistete intensive Arbeit und seine für unsere junge Generation erprobte Tätigkeit. Zum Schluß gab Kollege Schärfer den Kartellbericht, der sich mit dem Krisenkonzept beschäftigte, und insbesondere das menschenunwürdige Erwerbslosentum, wie auch die dringende Forderung an die Regierung zur merkanten alsbaldigen Arbeitsbeschaffung herausstellte. — Die am 20. Mai tagende Funktionäre und Vertrauensleute eingeladen waren, hatte zur Tagesordnung, die Vereinbarung und die tarifliche Lage im Buchdruckgewerbe. Der Bezirksvorstehende Kollege Volpert übernahm die unangenehme Aufgabe, über die

freie Vereinbarung vom 14. Mai in unferm Tarifrecht zu berichten. Noch nie war der Einbruch in unser Tarifgebäude seit 1896 so stark wahrzunehmen, wie in der jetzigen Situation. Unter Berücksichtigung der politischen Verwirrung des deutschen Volkes sei das Tarifabkommen zu bewerten. Das Monstrum in der Urlaubsfrage sei durch das hartnäckige Verhalten unserer Vertreter nicht im Tarif verankert, und die Regelung der Sonderbestimmungen nach zähem Kampf unangenehm. Nicht zu verkennen sei die Verschlechterung der Eintrittsentschädigung, die wesentliche Reduzierung des Urlaubs für Sonntagsarbeit und die für Kurzarbeiter mit 10 Proz. Entschädigung zu leistenden Überstunden. Redner mahnte, trotz aller Empörung fest zu halten an dem Glauben zur Führerschaft und Organisation, denn gerade in der heutigen politisch hochschwangeren Zeit sei das Vertrauen ernstestes Gebot. Die sich anschließende Diskussion löste das Ventil nur zu berechtigter Entrüstung, denn gerade die idelle Urlaubsfrage der Arbeiterschaft würde mit Füßen getreten. Dabei in Parallele gezogen die vertriebenen Rechte der deutschen Beamtenschaft sei ein herausfordernder Hohn in einem Volksstaat. Trotz aller Anerkennung der sachlichen Schwierigkeiten, wird einmütig das Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaften seitens der Darmstädter Funktionäre gefordert durch eine sofortige Urabstimmung. Ein warnendes Zeichen ist das apathische Verhalten vieler Kollegen, und Regierung und Unternehmer sollten das Signal nicht verkennen.

Darmstadt. (Maschinenseher.) Ihre Wanderveranstaltung vom 8. Mai wurde in Heppenheim abgehalten. Einem Bunch der Mitglieder entsprechend, wurde die Fahrt im Omnibus unternommen, um so die Blütenpracht der Bergstraße genießen zu können. Der Vorliegende konnte über 40 Kollegen und ebensovielfache Angehörige begrüßen. Nach Erledigung der Eingänge teilte er mit, daß wir zur Zeit bei 60 Mitgliedern nur einen Arbeitslosen zu verzeichnen haben. Es wurden sodann eine Aufnahme und zwei Ausschlüsse vorkommen. Ein Ausschuß wurde noch einmal zurückgestellt. Ein Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt. Sodann hielt Kollege Boldt (Mannheim) einen längeren Vortrag über „Hygiene, Sanitäres, Gesundheit“. Er beleuchtete in seinen Ausführungen die Sitten und Ansitten der Maschinenseher, wozu es auf die geistlichen Vorschriften bezüglich Abzugsrobre, Entlüftung und dergleichen, und ersuchte die Kollegen, bei den Geschäftsleitungen und Aufsichtsbehörden immer wieder auf die Durchsührung aller Vorschriften zu dringen, da hier bekanntermaßen noch vieles im argen liege. Kleinlichkeit und Vorsicht seien die Haupterfordernisse des Maschinensehers. Dankbarer Beifall besahnte den Vortragenden für seine von Sachkenntnis zeugenden Ausführungen. In der Aussprache wurde ein Gutachten eines Herrn Dr. Herz (Ludwigshafen a. Rh.) vorgelesen, das dieselbe in der Klagesache eines Kollegen gegen die Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft abgegeben hat. Der betreffende Kollege hatte Unfall infolge Bleisamkeit erlitten. Aus dem Gutachten geht aber hervor, daß der Maschinenseher keine „ausgiebige Gelegenheit zur Alcaingnahme hat, da er mit Blei nur in Verbindung kommt, wozu er „gelegentlich“ etwas Blei nachlegt oder eine Spalte „mit einem Griff“ aus der Maschine herausnimmt. Es wurde die Meinung vertreten, daß der Herr Doktor seine Wahrnehmungen wohl an einer außer Betrieb befindlichen Maschine gemacht habe, denn daß es in Wirklichkeit ein fähiges anders ist, wissen wir Praktiker wohl besser als diese „Autorität“ für Berufsangelegenheiten. Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde über eine etwaige Beitragsentkung gesprochen, die aber nach erregter Debatte abgelehnt wurde. Nach Erledigung der Tagesordnung blieben alle Teilnehmer noch einige Zeit in angeregter Unterhaltung beisammen.

Hildesheim. (Handejer.) — Vierzehnjährige (H. H.). Aus Anlaß der Wiederkehr unseres Gründungsstages veranstalteten wir am 20. Februar nach einer kurzen Versammlung, in der vom Vorsitzenden ein Bericht über die Vorstandskonferenz in Hannover gegeben wurde, einen gemütlichen Abend, wo bei Großmuth und echtem Buchdruckerhumor die Kollegialität gefördert wurde. — Am 19. Mai fand eine Versammlung statt, die leider nur schwach besucht war. Nach dem vom Kassierer Heuer gegebenen Jahresbericht wurden verschiedene Punkte aus einem Rundschreiben besprochen, das die Zentralkommission verfaßt hatte. Weiter machte der Vorsitzende auf einige Schiedsgerichtsentscheidungen aufmerksam, die für uns Handejer von größter Bedeutung sind. Dann wurde, nach einem Rückblick auf die vorjährige Arbeit, über unser diesjähriges Arbeitsprogramm in eine rege Aussprache eingetreten. Verschiedene interessante Vorträge und einige andere Veranstaltungen, sollen dazu beitragen, alle Handejer, vor allem aber die Arbeitslosen, wieder mehr als bisher für ihre Sparte zu interessieren. — Am zweiten Pfingsttag zogen die Mitglieder der Handejerpartei mit ihren Damen morgens zur Sorlumer Mühle, um hier sich zu erfrischen an der Natur und einem lustigen Wied. In dem Bewußtsein, einige schöne Stunden verlebt zu haben, kehrte man am Nachmittag zurück.

Berach. In unserer Versammlung am 20. Mai erstatteten uns die Kollegen Cereff und Busch ausführlich Bericht über den 29. Gantag. Mit Interesse folgten die Kollegen den Ausführungen und stellten mit Beugung fest, daß es möglich war, die Einteilung der Bezirke weiter zu erhalten. In der Aussprache waren sich die einzelnen Kollegen darüber einig, daß es für die Zukunft besser wäre, wenn derartige Anträge, wie auch die Anträge, die sich mit der Verlegung des Gewerkschafts nach Karlsruhe befassen, in Zukunft, um den guten kollegialen Geist, der bislang im Gau Oberrhein herrscht, nicht zu untergraben, von der Tagesordnung verschwinden würden. Die Kollegen wünschten, daß jeder Beitragszahler gleich viel Recht habe, und wenn er auch nicht Großstadt-fondern, „Dorfbewohner“ ist. Die Wahl des jetzigen Bezirksvorstehers Kollegen Reichel (Wahr) zum Gewerkschaft wurde begrüßt; habe man doch dadurch einen befähigten Kollegen auf vorgeschobenen Posten gestellt, der bis zur letzten Stunde die Nöte der Buchdrucker im Betrieb miterlebt hat. Anerkannt wurde das Verhalten des Verbandstatistikers Kollegen Schweinigt (Berlin), der durch seine wiederholten Ausführungen viel zur Belebung der scharfen Gegenübergetragen habe. Möge es dem neuen Vorsteher des Gau Oberrhein mög-

lich sein, die Gegenseite rechtlos unter Mitwirkung aller Kollegen im Gau zu befeitigen. Freudig wurde es von der Kollegenchaft begrüßt, daß der 30. Gantag im Jahre 1933 in Berach stattfinden soll. Aus den Reihen der Kollegen heraus wurde den zum Gantag Delegierten für ihre Bezirkeherstellung wie auch für ihr Verhalten auf dem Gantag im Sinne der Kollegen gedankt.

Nürnberg-Gießh. In unfer gutbesuchten Versammlung am 12. Mai erfolgte zunächst die Ergründung zweier verstorbenen Kollegen. Anschließend wurden die zahlreich erschienenen Jungkollegen in die Mutterorganisation eingeführt, vom Kollegen Griesch wurden ihnen Zweck und Ziel des Verbandes sowie der Sparten, des Bildungsvorstandes und des Kollegenvereins in sehr eindringlicher Weise geschildert; er forderte sie auf, den Älteren nachzusehen und aufrechte Streiter für unsere Ideale zu werden. Dann gab Kollege Brandmiller den Klassenbericht über das erste Quartal. Nun erstattete Vorsitzender Griesch einen Situationsbericht über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen. In längeren Ausführungen beleuchtete er den Verhandlungsstand und die damit verbundenen unverständlichen Forderungen der Prinzipale, die bei den anwesenden Kollegen begriffliche Missachtung und Kopfschütteln hervorriefen. Er forderte von den Kollegen, trotz des vom Schiedsrichter Brauns gefällten, jedoch verunglückten Schiedsspruchs, größte Disziplin und Kollegialität, dann werden wir auch aus diesem Kampf befriedigt hervorgehen. Anschließend wurde folgende Resolution an den Verbandsvorstand und die Gewerkschaftserfänger abgefaßt: „Die heute, am 12. Mai in Nürnberg abgehaltene, sehr stark besuchte Mitgliederversammlung nahm einen Bericht über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen entgegen. Die Versammlung würdigt die bisherigen zähen Abwehrmaßnahmen der Unterhändler und bringt zum Ausdruck, daß sie auch fernerhin ihren Führern volles Vertrauen entgegenbringt. Sie erwartet aber von denselben unter allen Umständen, daß jede Kürzung des Urlaubsentgeltes sowie jede Verschlechterung des Manteltarifs abgelehnt wird.“ Diese Entschließung fand einstimmige Annahme. Unter Punkt „Mitteilungen“ wurde beschlossen, daß infolge der schlechten Wirtschaftslage von einem Johannistfest abgesehen wird; des weitern soll in Zukunft an ausgeteuerter durchreisende Kollegen 3 M. Ortsgehalt und eine Übernachtungskarte der städtischen Herberge abgegeben werden. Der Versammlung wurde davon Kenntnis gegeben, daß sämtliche Sparten und der Bildungsverband sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, um allgemeinerbildende Vorträge der gesamten Kollegenchaft zugänglich zu machen, das Eigenleben der Sparten soll aber dadurch nicht berührt werden. Nach einigen internen Angelegenheiten, unter Bekanntgabe eines erfolgten Ausschlusses sowie eines Hinweises auf den Reichsbund der Kriegsteilnehmer und Kriegesbeschädigten wurde die Versammlung geschlossen.

Offenburg. (Händler.) Ende April trafen sich in Offenburg die Bezirksvorstände unserer oberrheinischen Gewerkschaften. Vorsitzender Zeller (Freiburg) hieß alle herzlich willkommen und wies auf die Ziele und Vorteile der Handejerpartei hin. Neben der Neuregelung des Gewerkschaftsbeitrags wurden auch Fragen agitatorischer Art besprochen. Der vom Kollegen Griesch (Freiburg) gegebene Jahresbericht zeigte ein, an den heutigen Verhältnissen gemessen, befriedigendes Bild. Allgemein bedauert wurde, daß die Handejervereinigung im Bezirk Konstanz noch nicht Fuß fassen konnte. Es soll alles versucht werden, um auch in diesem Bezirk die Kollegen für die Sparte zu gewinnen. Es ist unverständlich, daß die Handejerkollegen im Gau ihrer Sparte so absehnend gegenüberstehen. Diese Gleichgültigkeit kann nicht mit den heutigen Verhältnissen benämelt werden. Am Schluß der Konferenz wurde folgende Resolution an den Verbandsvorstand übermittelt: „Die heute in Offenburg tagende Vorstandskonferenz der Handejer im Gau Oberrhein lehnt die geplanten Verschlechterungen im Manteltarif auf das entschiedenste ab, verurteilt die un sinnigen Anforderungen der Prinzipale und zieht einen sofortigen Kampf jeder kleinsten Nachgiebigkeit vor.“

Pirmasens. In unserer Versammlung am 11. Mai wurden fünf Jungbuchdrucker in die Organisation übernommen. Der Vorsitzende begrüßte die Jungkollegen mit auferndenen Worten und sprach auf seine Mißbilligung aus, daß sich drei davon in Anbetracht der ersten Lage und des besonderen Umfeldes von der Versammlung abhalten ließen. In gründlicher Weise besprach er sodann den jetzigen Stand der tariflichen Lage. Besonders betonte er, daß seit dem Bestehen der Tarifgemeinschaft keine Verhandlungen in gleich brutaler Weise von den Unternehmervertretern geführt werden seien wie diese. Er wies auf den Ernst der Situation hin und ersuchte die Kollegen, den Dingen ruhig aber gewappnet entgegenzutreten. Mehrere Kollegen sprachen in der Diskussion über die Notwendigkeit der Bierzigtundenwoge sowie der Feriengebfürzung. In der Abwehr der Unternehmerforderungen waren sich alle Versammelten einig. Unter „Beschwerden“ wurde der Beitritt zur Pfälzer Zukunftskasse empfohlen. Mit einer scharfen Beurteilung des Restentworfens, besonders der jungen Kollegen, fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Stuttgarter. Über die tarifliche und organisatorische Lage nach dem Schiedsspruch“ hielt Kollege Kiein einen Vortrag in einer Vertrauensmännerversammlung am 18. Mai. Der Besuch war vollständig. Dazu muß beitragen haben, daß diese Versammlung alkoholfrei abgehalten und der Verbandskassierer, Kollege Schweinigt, auf der Rückreise von der Generalsversammlung des Schweizerischen Typographenbundes in St. Gallen und dem Gantag vom Oberrhein in Konstanz seine Teilnahme zugesagt hatte. Der Referent nannte den Schiedsspruch eine harte Belastungsprobe, die der Kollegenchaft kaum Tragbares zumutet. Die Arbeitszeitsabnahme von 6 bis 8 Uhr, die Kurzarbeitsentfänger mit drei Tagen, die Herabsetzung der Entschädigung für Sonntagsarbeit, die Verbilligung der Überstunden und vor allem die „Notzeitmaßnahme“ der Urlaubsfürzung rufen den Unmut der Mitgliedschaft hervor. Daß neben der Mitgliedschaft auch die Lehrlinge „gezurpt“ werden, ist wiederum eine Folge der Krisenzeit. Den Hilfsarbeitern muten unsere Unternehmer noch Schlimmeres zu. Das einzige Plus bedeutet die Verlängerung des Lohnabkommens. Die Ortszuführer hatten noch einer end-

gültigen Regelung. Ebenso die Berechnung nach einem eventuellen Wertespiegeln. Diese Wertespiegeln sollen einer „neutralen“ Sparte, eventuell Meistergehältern, entnommen werden. Es wird ufkig um den Buchdruckerart. Man merkt den Einfluß der Nichtfachleute und Rechtsexperten, denen Fachwissen und -Erfahrung ein Buch mit 14 Siegeln, dagegen das „Sperren“ ihrer Auftraggeber im eigenen Interesse sehr gefällig und nicht „unbillig“ ist. Es war noch nie etwas, wenn Schuster nicht beim Seifen verblieben. Die Urabstimmung hielt der Referent für kaum möglich, und ob damit ein andres Ergebnis erzielt werden würde, frag fruchtlos. Bei Kampfmaßnahmen müßten heute andre Wege beschritten werden gegenüber früheren. Hier spielen die ungleichen politischen Verhältnisse eine Rolle mit. Die Zersplitterung, das einjige Beständige in Deutschland, macht alle Theorie grau, alle Praxis ist von vornherein auf Verluft einzustellen, wenn innerhalb der Arbeiterkraft nicht endlich erkannt wird, daß nur Einigkeit in ihren Reichen Besserung bringt. Anschließend daran erläuterte Kollege Schw e i n i k Zahlenmaterial den heutigen Stand unserer Finanzen. Es sind Zahlen, die sich hören und sehen lassen können. 23 Millionen Unterstügungen in zwei Jahren aus allen Kassen. Schon diese Kollegialität und Solidarität müßte das den Arbeitnehmerspreisen entkammende Reichsarbeitsministerium veranlassen, mehr Rücksicht gegenüber den Gewerkschaften walten zu lassen. Auch der beste Vorschlag, die weitestgehende Hilfsbereitschaft hört auf, wenn man den Lebensstandard des einzelnen beschneidet, daß ihm nur noch das nackte Kost- und Wohngeld, neben Steuer- und andern Aufkommen verbleibt. Gewiß, wir anerkennen und erkennen die kritische Lage im Staatshaushalt. Aber alle bisherigen Lohnabbaumaßnahmen führten ärger und lähmender in Dred und Glend. Von dieser Seite kommt bestimmt kein Aufstiege. Unser Verbandstatterer klärte die Verarmung darüber auf, mit welchen Mitteln wir einen Streik führen könnten. Auch das kollegiale Zugeständnis unserer ausländischen Bruderverbände und deren Hilfsbereitschaft würdigte er mit Dank. Dann ging er auf die Nationalsozialistische Betriebsorganisation (NSBO) über. In Hand eines Geheimes dieser „Körperkoll“ mit Kriegsorganisation und freigesellschaftlicher Führerkartoffel machte er uns mit deren Absichten bekannt. Es ist weit gekommen in unserm zerfahrenen und zerfahrenen Volke. Gut ist, daß solche Geheimesabsichten immer rechtzeitig ihren Weg in die Öffentlichkeit finden, wodurch ihre Auswirkungen von vornherein durchzusehen werden. Ein Stillhalten kommen werden wir sicher nicht treffen, um die sich geistig derzeitig im Kontrast befindliche NSBO, helfen hochzuheben. Hier kann es nur ein Aug um Auge, Zahn um Zahn geben. Die Aussprache war reg. Allen Rednern merkte man die Verbitterung über diesen Mantelartikelschluß an. Wären deren Ausführungen nicht alle glückliche zu nennen, konnte man doch den Willen zum Kampf daraus erfassen. Ein Redner wollte wissen, was der Verbandsvorstand mit all den gefassten Entschlüssen, die zum Niederlegen der Arbeit aufgefordert hätten, begonnen hätte. Er bestritt dem Verbandsvorstand und dem Gausvorstand das Recht, die Kollegenschaft vor vollendete Tatsachen zu stellen und verzehnte Urabstimmung. Daß die Schreibweise des „Korr.“ uns zuerst unbillig, um nachher wieder einzulassen, taunte, die, Redner, nicht „billig“ hinnehmen. Ein andrer machte ihm im Zusammenhang damit auf taktische Beweggründe aufmerksam. Kollege Klein führte aus, daß es leicht wäre, zum Streik aufzurufen, nur müßten genau Risiko und Prämie abgemogen werden. Gerade einer seiner Vorredner hat einmal die Ansicht vertreten, ein Streik müßte in 14 Tagen beendet sein, sonst sei er zu risant. Hätten wir die Gewißheit, in 14 Tagen unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen, könnten wir zu Kampfmaßnahmen greifen. Sämtliche solche Maßnahmen jedoch sehr, seien auch wieder Vorstand und Führer die Schuldigen, die das hätten voraussehen sollen und müssen. Mit Hydran und gutem Willen allein sei der heutigen Wirtschaftslage nicht beizukommen. Einem andern Redner, der betriebliche Teilstreiks gefordert hatte, entgegnete Klein, daß dies ein Schlag ins Wasser wäre. Kollege Schw e i n i k verteidigte im Schlußwort unsere Verhandlungsführer. Den Vorwurf eines Kollegen, man habe mit der Verbindlichkeitserklärung gerechnet, wies er zurück, das hätte man ja haben können, nachdem diese beantragt war. Gerade das Gegenteil war der Fall. Mit Händen und Füßen hätte man sich gegen eine solche gestäubt. Die Anfrage eines Kollegen, ob die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Unterstügungseinrichtungen unsern Verband auf die Dauer möglich wäre, beantwortete der Verbandsstatterer mit Zahlenbeweisen. Auch die von einer Seite unterhaltene Deutungsweise, daß unsre Arbeitslosen bei einem Kampf als Nutznießer auftreten würden, wies der Redner entschieden zurück. Es gehörte mehr Mut dazu, die Verantwortung der Verhandlungsteilnehmer auf eigene Schultern zu nehmen, als sie durch Urabstimmung auf andre abzuwälzen.

Weimar. Der Vorstand des Gaus Thüringen hatte die Vorsteher der zehn Bezirke und die Vorstehenden der zwei größten Ortsvereine des Gaus am 21. Mai zu einer Besprechung in Weimar nach hier geladen. Als Gast war der Gauleiter des Hilfsarbeiterverbandes, Kollege Wambacher (Erfurt), anwesend. Gauvorsteher W i s l a u g, der alle Geladenen begrüßte, fand bei der Eröffnung Worte der Anerkennung und des Dankes für den nach über 30jähriger Funktionstätigkeit infolge Invalidität zurückgetretenen Bezirksvorsitzenden Gehyer (Mühlhausen). Nach Erlebigung einiger Mitteilungen berichtete Kollege W i s l a u g über die Verhandlungen zur Neugestaltung des Mantel- und Lohnartikels. In nahezu zweistündigen Ausführungen schilderte er die einzelnen Phasen der Verhandlungen, ausgehend vom 15. März, dem ersten Verhandlungstag, bis zu den Nachverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium am 28. April und der Vereinbarung vom 14. Mai. In der Diskussion, an der sich alle Bezirksvorsitzenden beteiligten, wurde die Taktik und die Stellungnahme der Gehilfenvertreter anerkannt, zunächstlos aber auch das Verhalten der Prinzipalvertreter gebührend, die auch bei den diesmaligen Verhandlungen wieder jedes Verständnis vermissen ließen für die Lage der Gehilfenchaft und die große Not unserer Arbeitslosen im besondern. Die Sicherung des alten Lohns auf längere Zeit sei angesichts der Lohnabbau von dem Unternehmertums und der Hilfsstellung der Schlichtungsbehörden dazu immerhin ein beachtenswerter Erfolg. Wenn demgegenüber nicht alle Verschlechterungen des Mantelartikelschlußes beseitigt werden könnten, vor allem nicht der Ausfall an Lohn bei den diesjährigen Ferien, so könne dafür den Gehilfenvertretern kein Vorwurf gemacht werden. Schuld daran tragen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Kollege W a m b a c h e r berichtete dann über die Verhandlungen wegen Neuabstufung des Hilfsarbeiterartikels und erklärte, daß die Hilfsarbeiterchaft geküßelt sei, den Angriff auf den Lohnartikel abzuwehren. Die Konferenz sprach ihre Sympathie aus zu diesem Abwehrkampf und stärkte solidarische Unterstützung zu. Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten und Beantwortung verschiedener Anfragen fand die Konferenz ihren Abschluß.

Weimar. Die „Auswirkungen der Notverordnungen auf die Sozialversicherung“, ein Referat des Gewerkschaftskollegen R i n e, schuf die Plattform für eine äußerst anregende und befruchtende kritische Betrachtung zum Sozialversicherungsproblem, das unsre Versammlung am 13. Mai zur Grundlage hatte. Die Aussprache war äußerst reg. Geordert wurden: Schärfste Abwehrmaßnahmen gegen den Ansturm auf die Sozialversicherung, entschiedener Abwehrkampf der Gewerkschaften gegen den Abbau der sozialen Leistungen, Vereinheitlichung der gesamten Sozialgesetzgebung, Sanierung der Invalidenversicherung, aber nicht auf Kosten der Renteneinpänger. Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei den sozialen Fürsorgeeinrichtungen usw. Allen arbeitslosen Kollegen wurde zu Pinghnen aus Bezirks- und Ortsmitteln wiederholt eine Sonderunterstügung in Höhe von 6 bis 10 M. gewährt.

Wiesbaden. In unserm gut besetzten Versammlung am 10. Mai wurden zunächst sechs neuausgewählte Kollegen in den Verband aufgenommen und zwei Restanten ausgeschlossen. Dann referierte Kollege D o m e r u m u f über das Thema: „Die Lage auf dem Tarifgebiet“. Er gab der Versammlung einen ausführlichen Bericht über die am 17. Mai in Mannheim abgehaltene Gausvorstandssitzung mit Zugelung der Bezirks- und Spartenvertreter. Die am 19. Mai im „Korr.“ veröffentlichte Vereinbarung mit den Unternehmern sei einstimmig unpreislich zustande gekommen. Somit würde sie tariflich Gesetz geworden. Der Berichtstatterer befragte sich ausgiebig mit der Stellungnahme unsres Gauvorstehers, Kollegen Conradi, der der Meinung sei, ein Kampf in der jetzigen Situation sei unmöglich. Bei einem Konflikt im Buchdruckergewerbe hätte der Reichsarbeitsminister den schon gefassten Schiedspruch sofort für „verbindlich“ erklärt. Dadurch wären die Kollegen noch stärker behaftet worden. Nach den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen erscheine die getroffene Vereinbarung als abgelehnt. Der Referent zergliederte noch die einzelnen Bestimmungen und Veränderungen im neuen Mantel- und Lohnartikel, worauf der Bericht zur Debatte gestellt wurde. Sie wurde bestritten von den Kollegen W i r t h, D o r n, J o h, M e r, S c h ä f e r, H ä u s e r und F r e t t (Limburg). Einmütig wurde das Verhalten des Verbandsvorstandes und der Gauvorsteher verurteilt. Noch nie war in der Mitglieberschaft Groß-Wiesbaden eine so allgemein übereinstimmende Meinung festzustellen. Wir haben Kampfmäßigkeiten kennen der Verbandsvorstand über einen solchen „Angebot“ erwartet. Die Wiesbader Kollegen sind „empört“ über dieses „Angebot“ und sind nicht mehr Führer. Diese Stimmung verstrahlte sich dann auf den Rest der einstimmig gefassten Entschlüssen, in der das Ergebnis der Mantelartikelsprechungen einmütig abgelehnt wird. Die Versammlung bebauert darin, daß die Gehilfenvertreter im entscheidenden Moment von ihrer Seite dahin taktisch richtigen Linie abgewichen seien, sich auf weitere Verhandlungen mit den Unternehmern einzulassen und eine Vereinbarung eingingen, deren Ergebnis größte Erbitterung bei allen Mitgliefern auslöst. Dem Verbandsvorstand und den Gauvorständen wird einstimmig das Mißtrauen ausgesprochen. Es wird erneut verlangt, daß umgehend ein außerordentlicher Verbandstag einberufen wird, auf dem alle schwebenden Fragen behandelt werden können. Des weiteren wurde ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen, in dem verlangt wird, daß unser Gauvorsteher sich in Wiesbaden rechtfertige. Eine Kommission wurde gebildet, die in Verbindung mit den andern Bezirken einen außerordentlichen Gausstag herbeiführen soll. Die Sprecher zur Ortszulagsfrage stimmten überein, daß man den Bezirk Wiesbaden im härtesten Kampf finden werde, genau wie im Jahre 1924, falls auch noch eine Verschlechterung der Ortszulagslage eintreten sollte.

Zwickau (Landwehr). Unser erste Vierteljahrsvorstandssitzung wies zahlreiche Besuch auf und nahm einen interessanten Verlauf. Die ausgiebige Rundung fand allgemeine Beachtung, doch wurde von einer Besprechung Abstand genommen. Regte Anteilnahme fanden die Ausführungen des Kollegen H i p p o l d über das Ergebnis der Tarifverhandlungen sowie einige Schiedsgerichtsurteile. In der folgenden Aussprache fanden mehrere Fragen über Tarif und Schiedsgerichte Kritik und Beantwortung. Allgemeine Anerkennung und Beantwortung fanden auch die Wünsche der Erwerbslosen zwecks gerechterer Behandlung der Arbeitsbeschaffung. Zum Schluß forderte der Vorsitzende laut einer Mitteilung der Zentrale alle freigegebenen Kollegen zur tätigen Mitarbeit an der Ausgestaltung des „Handbuchs“ auf. Um die Kollegialität zu heben, kam nach Erlebigung des geschäftlichen Teiles auch die Geselligkeit zu ihrem Recht.

Allgemeine Rundschau

Berufliche Bildungsarbeit auch in Notzeit! Trotz aller Not, die uns infolge Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit beherstet, wird im Kreis Leipzig des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker alles versucht, um die Kollegen mit dem Beruf in Fühlung zu halten. Neben einem reichhaltigen Winterprogramm, das nun seine Erlebigung gefunden hat, steht der Kreis Leipzig vor seinen Wocheneindrufen, die diesmal bezirksweise durchgeführt werden und die, nach den bisherigen Anmeldungen zu schließen, wieder zahlreich besucht werden. In diesen Kursen können alle Verbandskollegen wie auch alle Jungbuchdrucker teilnehmen. Die Jungbuchdruckergruppen nehmen an den meisten Orten obligatorisch an den Veranstaltungen teil. Am 5. Juni treffen sich die Kollegen von Torgau, Delitzsch, Bitterfeld, Wittenberg und Ellenburg in T o r g a u, wo in drei Arbeitsgemeinschaften folgende Themen behandelt

werden: Professor Dr. Niemann (Leipzig): „Männer und Frauen lernen reden“; Gewerbestudient Artur Kupfer (Leipzig): „Sieg der Technik im graphischen Gewerbe“; Kollege Wambacher (Weinberg): „Jugend im Kampf um ihren Beruf“. Am gleichen Tag treffen sich in H a l l e (Saale) die Kollegen von Jessau, Eisenbach, Halle, Merseburg und Weissenfels, in drei Arbeitsgemeinschaften referieren: Kollege Georg Dörband (Schriftleiter des „Graphischen Betriebs“); „Technische Probleme“; Kollege Paul Mundry (Merseburg); „Das mitteldeutsche Industriegebiet“; Kollege Heinrich Grote (Leipzig): „Jugend im Kampf um ihren Beruf“. Am Sonntag, dem 12. Juni, versammelt sich in W u r z e n die Kollegen von Bornu, Grimma, Leipzig, Rauhshof-Borsdorf, Orlitz, Scheußitz und Wurzen, wo in drei Arbeitsgemeinschaften die gleichen Themen behandelt werden, nur daß an Stelle Professor Dr. Niemann Hr. Erich Jeigener sprechen wird. Ebenfalls am 12. Juni findet in P l a u e n für die Kollegen von Auerbach-Falkenstein, Greiz, Plauen, Reichenbach, Eschitz und Zwickau ein Wocheneinkaufsforum statt; in dem (sprechen werden: Gewerbestudientdirektor Emil Köhly; „Chemigraphie, Tief- und Offsetdruck“; Gewerbestatterer Dawin Gentsch (Plauen); „Technik und Berufsbildung“; Kollege Heinrich Grote (Leipzig): „Jugend im Kampf um ihren Beruf“. In A l t e n b u r g, wo am 19. Juni die Kollegen von Altenburg, Krimmitschau, Glauchau-Meerane, Meuselwitz-Luda, Schmöln und Werdau zusammenkommen, referieren Professor Dr. Niemann: „Männer und Frauen lernen reden“; Gewerbestudient Artur Kupfer (Leipzig); „Sieg der Technik im graphischen Gewerbe“ und Kollege Heinrich Grote (Leipzig): „Jugend im Kampf um ihren Beruf“. Der letzte Bezirkswocheneinkaufsforum findet am 26. Juni in R a u m b u r g (Saale) statt; wo sich die Kollegen von Gera, Raumburg, Weida, Wünschendorf und Zeitz versammeln, um folgende Vorträge zu hören: Hr. phil. Herbert Paulsch (Leipzig); „Architektur, Plastik, Malerei und unsere Typographie“; Gewerbestatterer Dawin Gentsch (Plauen); „Technik und Berufsbildung“ und Kollege Heinrich Grote (Leipzig); „Jugend im Kampf um ihren Beruf“. In den Vorabenden dieser Sonntagsveranstaltungen finden in den einzelnen Ortsgruppen Vorträge statt, über die die Ortsgruppenvorsitzenden durch Zirkular Mitteilung machen. Es wird erwartet, daß sich auch aus den benachbarten Druckorten recht viele Kollegen an den beruflichen Bildungskursen beteiligen, damit diesen ein voller Erfolg beschieden ist.

Gefängnisstrafen für zwei Darmstädter Buchdruckerleiter wegen Vergehens gegen die Sozialversicherung. Die früheren Inhaber der im Konkurs befindlichen Buchdruckerei Otto in Darmstadt, Friedrich Pfeiffer und dessen Sohn, waren vor dem Amtsgericht Darmstadt angeklagt wegen Veruntreuung von Sozialbeiträgen. Die Angeklagten schulden der Ortskrankenkasse an Beiträgen den Betrag von 2700 M. Für diesen Betrag übereigneten sie der Kasse Maschinen, die bereits drei- und vierfach andern Gläubigern übereignet waren, so daß die beiden noch eine Verteilung wegen Betrugs zu erwarten haben. In der Verhandlung erfuhr man, daß der Vater den Sohn und der Sohn den Vater bestohlen; aber gerade in Buchdruckerkreisen, wo es heißt, daß die beiden zusammengehörten, wog es gegen die Arbeiter klug. Besorgens auffällig war, daß der alte Herr kein Geld hatte, um seinen bedeutenden Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber nachzukommen, aber sich einen der teuersten Rechtsanwältinnen von Darmstadt leisten konnte. Pfeiffer sen. erhielt eine Wache und Pfeiffer jun. drei Wochen Gefängnis, und zwar ohne Bewährungsfrist wegen der besondern Strappaslosigkeit bei Begehung der Tat. Bemerkenswert ist, daß Pfeiffer sen. viele Jahre Vorsitzender des Deutschen Buchdrucker-Bereichs, Bezirk Darmstadt, war und somit der tonangebende Prinzipal, wenn es galt, der Gehilfenchaft Schwierigkeiten zu bereiten. Außerdem hat der Gläubigeranspruch des Staatsanwalts zu übergeben.

Theorie und Praxis in Naziunternehmern. Dieser Tage fand vor dem Arbeitsgericht in Darmstadt ein interessanter Prozeß statt. Ein kaufmännischer Angestellter des von dem Nazi-führer Gottfried Feder herausgegebenen Blattes „Die Stimme“ hatte gegen den Verlag des Blattes Klage eingereicht. Der Nazi-Verlag zahlte nämlich seinen Angestellten im Monat Dezember den Hungerlohn von 20 M. Als der Verlag, der früher in Nürnberg war, nach Darmstadt überbedeckte, blieb eine Filiale der „Stimme“ in Nürnberg und die kaufmännische Leitung wurde dem Kläger übertragen. Für seine Tätigkeit als Buchhalter, Korrespondent, Ein- und Verkäufer erhielt der Angestellte vom Feder-Verlag 80 M. pro Monat. Auf seine Forderung, daß er nach Tarif bezahlt werden müsse, erhielt er niemals Antwort, so daß er sich veranlaßt sah, dem nationalsozialistischen Unternehmen folgendes zu schreiben: „Ich fordere von Ihnen als nationalsozialistischem Verlag nur das, für was man dem Arbeiter zu kämpfen verpflichtet, nämlich gerechte Entlohnung und ausreichenden sozialen Schutz“. Der Erfolg dieses Schreibens war verblüffend. Dem Angestellten wurde ohne vorherige Kündigung einfach mitgeteilt, daß er ab Ende dieses Monats überhaupt kein Gehalt mehr bekäme, weil die Filiale wegen Unrentabilität aufgelöst werde. Als sich der Angestellte mit dem Manier des völligen Betrags nicht zufrieden gab, bestritt der nationalsozialistische Unternehmer die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge. Das Arbeitsgericht verurteilte diesen „vorbildlichen“ Unternehmer zur Zahlung von 247 M. an den Angestellten. Während der Verhandlung kamen aber noch andre Dinge ans Tageslicht. Der Kläger war während seiner ganzen Beschäftigungszeit in keiner Krankenkasse versichert worden, auch hatte der Nazi-Verlag vergessen, Angefalltensversicherungsmarken zu geben. Damit noch nicht genug. Auch die Sozialbeiträge an die Arbeitslosenversicherung sind für den Angestellten nicht abgeführt worden, so daß der Kläger bis heute noch keinen Pfennig Unterstügung bekommen hat. Diese Vorwurfsliste werden namentlich die Arbeiter und Angestellten im nationalsozialistischen und deutsch-nationalen Lager interessieren, denn bekanntlich soll ja das „Dritte Reich“ das Paradies der „Schaffenden und der Eitren und der Faulen“ sein. In dieser Hinsicht aber hat der Prozeß vor dem Arbeitsgericht in Darmstadt bewiesen, daß es in einem Naziunternehmen weder Tarife noch Kündigungschutz, noch Altersversicherung, noch Krankenversicherung und auch keine Arbeitslosenunterstügung gibt.

